

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

3.2.1919 (No. 29)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptgeschäftsführer C. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Wauagspreis: vierteljährlich 4.75 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr einberechnet, 4.92 M. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gebaltene Zeile oder deren Raum 25 P. zuzüglich 30 % Leerzeilenzuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klasterrechnung, vorausgesetzter Fortreibung und Konfirmation, fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Wochenspausung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung versendet, in beschränktem Umfang oder nicht erachtet. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das Wichtigste.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands durch die Entente.

* Wie die Waffenstillstandskommission berichtet, ließ das Oberkommando der Alliierten am 31. Januar in Spa eine Note überreichen, in der im Zusammenhang mit der Lebensmittelversorgung Deutschlands verschiedene Auflagen finanzieller Art von der deutschen Regierung verlangt werden. So sollen die Kassenbestände der Reichsbank und ihre Bestände an ausländischen Wechseln und Wertpapieren abgegeben werden, die an neutralen Plätzen lombardiert werden können, ebenso werden Angaben gefordert, aus denen hervorgeht, in welcher Höhe sich Werte neutraler Staaten im Besitze der deutschen Banken und sonstiger Institute und in Privatbesitz befinden.

Ferner soll berichtet werden, welche gesetzliche Machtbefugnisse die gegenwärtige deutsche Regierung hat, um den Besitz deutscher Staatsangehöriger von Depositionen, Wertpapieren und anderen Werten in Deutschland und in neutralen Ländern zu ergreifen. Daran anschließend soll eine Aufstellung der vorergriffenen aller Art gegeben werden, die in Deutschland für die sofortige Ausfuhr vorbehaltlich der Billigung der alliierten Regierungen bereit stehen.

Die Note betont, daß alle technischen Aufklärungen über die Punkte möglichst schnell mitgeteilt werden müssen, damit die alliierten Regierungen und die Vereinigten Staaten dem deutschen Ersuchen auf Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen nachkommen können.

Es ist dies, so bemerkt das W.T.B., das erste Mal, daß die Alliierten in einem offiziellen Schriftstück von der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen, sowie von einer deutschen Ausfuhr sprechen, mit anderen Worten, es gewinnt den Anschein, als ob die Entente den Gedanken einer Aufhebung der Blockade allmählich doch näher zu treten müßte glaubt. Die Note beweist aber zugleich, daß der Verband für die Werte, die er uns liefern will, unbedingte Sicherheit verlangt, d. h. er will Zahlung nicht in Reichsmark, sondern in Werten, die wir nur durch Arbeit herstellen können. Was wir brauchen, ist also Arbeit und noch einmal Arbeit. Nur so bekommen wir Lebensmittel und Rohstoffe, und nur dann ist an eine Wiederaufnahme der deutschen Ausfuhr zu denken. Aber dauernde Streiks und Versuche, die Ausfuhr der deutschen Schiffe zu verhindern, müssen uns am Hungertode entgegenführen.

Beschleunigung des Friedensschlusses?

* Dem „Neue Rotterdamse Courant“ zufolge, schreibt der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“: Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Alliierten mit größter Eile auf den Abschluß eines vorläufigen Friedens mit Deutschland hinarbeiten und bereit sind, viel weiter zu gehen, als bisher angenommen wurde. Er höre aus guter Quelle, man hoffe jetzt, daß der vorläufige Friedensvertrag innerhalb 6 Wochen unterzeichnet werde. Die Alliierten hätten bezüglich der Frage der Entschädigungen für Frankreich zugestimmt, daß die ganze Frage der Schadenersatzung für die Kriegskosten und des militärischen Schadens fallen gelassen und die deutsche Verantwortlichkeit auf den mutwillig angerichteten Schaden beschränkt werde, worin auch die versenkten Schiffe eingerechnet werden sollen.

Schwinden des französischen Einflusses auf der Friedenskonferenz.

* Im „Berl. Tagebl.“ wird über Pariser Stimmen berichtet und dabei gesagt, die französische Presse könne nicht umhin, mit Bedauern festzustellen, daß die Leitung der Pariser Konferenz den Händen Frankreichs immer mehr entgleite.

Weitere Beschränkung des Bahnverkehrs.

* Von weiteren Einschränkungen im Eisenbahnverkehr will das „Berl. Tagebl.“ berichten können. Der Fernverkehr werde vom 10. Februar ab nur noch auf Grund besonderer Zulassungsfälle gestattet sein.

Thorn im Belagerungszustand.

* Über den Festungsbereich Thorn ist, wie der „Berl. Lokalanzeiger“ erfährt, vom Gouverneur im Einverständnis mit dem Thorer A. und S.-Rat der Belagerungszustand verhängt und ein besonderes Kriegsgericht eingesetzt worden.

Die Streikunruhen in England.

* Der Vorsitzende des Glasgower Streikkomitees wurde nach einer W.T.B.-Nachricht am 1. Februar unter die Anklage der Anstiftung zum Aufruhr gestellt. Bürgerschaft wurde abgelehnt. Bei den Unruhen in Glasgow wurden insgesamt 53 Personen verwundet. Der Streik der 3000 Mechaniker in Rosyth und der ihnen angeschlossenen Arbeiterkategorien wurde beigelegt.

Wider die Unvernunft.

* Die steigenden Ansprüche zahlreicher Interessentengruppen, so auch vor allem der Arbeiter, geben dem Mannheimer Stadtrat H. Kemmele Veranlassung zu einem bemerkenswerten Artikel in der soziald. „Mannh. Volksstimme“. Kemmele geht von dem Gedanken aus, daß für viele Gruppen des deutschen Volkes die Revolution nichts weiter bedeutet, als eine einzige große Lohnbewegung. Erst haben die in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter mit Erfolg den Versuch unternommen, einen erheblichen Teil der von diesen Unternehmungen gemachten Kriegsgewinne unter sich zu verteilen. Das Reich ist der Last entbunden, diese Gewinne zu Zwecken der Verringerung der Schuldenlast einzuziehen. Man vernahm nicht selten, wie wohl das den reaktionären Feinden der Republik tat, auf diese Weise „ihre“ Geld in die Taschen der Arbeiter wandern zu sehen, anstatt es in Form einer Kriegsgewinnsteuer abgeben zu müssen.

Die gleichen Bestrebungen zeigten sich dann bei den Angestellten der Gemeinden und neuerdings auch bei den Staatsangestellten. Der Verfasser fährt dann fort: „Nicht darum handelt es sich bei unserer Betrachtung, daß auch diese Volksschichten einen Ausgleich erhalten müssen für die verteuerte Lebenshaltung (das ist selbstverständlich), sondern darum, daß die schnelle Aufeinanderfolge, die Höhe der gestellten Ansprüche und die Außerachtlassung der gewerkschaftlichen Grundzüge bei der Befriedigung dieser Interessen über das Maß des Erträglichen hinausgehen. Städte und Staat machten in den letzten paar Monaten zusammen genommen weit mehr Schulden, als sie das während des Krieges in dreifach so langer Zeit fertig brachten. Die neuen Forderungen der Staatsangestellten z. B. die in Bayern und Preußen bereits bewilligt worden sind und in Baden auch bewilligt werden, verurteilen den badischen Staat eine Ausgabe von etwa 37 Millionen Mark. Die Jahreseinnahme der badischen Staatskasse aus Steuern beläuft sich auf 36 Millionen. Der Staat hat auf der ganzen Linie seit Zusammenbruch der alten Herrschaft stark reduzierte Einnahmen, arbeitet also mit erhöhten Ausgaben und mit verringerten Einnahmen. Nun nimmt die Verbitterung gegenüber der viele Jahre hindurch erlittenen schlechten Behandlung bei Arbeiter und Angestellten einen explosiven Charakter an und der neuen Regierungsgewalt wird keine Zeit gelassen, für die Gewährung einer neuen Ordnung die erforderliche finanzielle Basis zu schaffen. Der wirtschaftliche Puls ist durchschnitten, alle Geschäfte stocken und die Entente sorgt durch grausame Waffenstillstandsbedingungen dafür, daß auch noch der Verkehr des Landes völlig lahmgelegt wird. So büßen wir für die Sünden der alten Herrschaft und müssen die furchtbare Verantwortung für die Zukunft tragen.“

Die reaktionären Kreise lachen sich ins Häuschen und rechnen mit mathematischer Sicherheit auf den zweiten Zusammenbruch des Reiches, der Staaten und der Gemeinden. Dieser Zusammenbruch, so hoffen sie, wird, wenn er nicht aufgehalten werden kann, der Reaktion wieder auf die Beine verhelfen. Was dann für die Arbeiterklasse und für die Angestelltenklasse kommt, brauchen wir hier nicht darzulegen.

Um den durch diese Entwicklung der Revolution entstandenen und jeden Tag neu entstehenden finanziellen Anforderungen auch nur einigermaßen gerecht werden zu können, müssen neue Steuerquellen erschlossen werden. Dadurch aber werden bei der Größe des Finanzbedarfes nicht nur die Begüterten getroffen, auch die Argen des Volkes werden dabei in Mitleidenschaft gezogen. Denn der Staat setzt sich nicht nur aus begüterten Familien zusammen. Gewerbe, Handel und Industrie sind in ihrer Steuerkraft außerordentlich geschwächt, so daß auch das ein nicht zu unterschätzendes Minus in der Wirtschaft des Staates und der Gemeinden darstellt.

Diesen Lasten muß man ins Auge sehen, so unangenehm das auch sein mag und so viel Feindschaft man sich zuzieht, wenn man sie glatt heraus ausspricht. Nicht die Freude an der Notensprelle und auch nicht jene am kommenden Staatsbankrott hilft dem Volke die bisherigen Erfolge der Revolution sichern, sondern nur die vernunftgemäße Anwendung der Gesetze und das Befolgen des Weges der sicheren Möglichkeiten. Nun die Nationalversammlung der gesetzgebende Faktor ist, muß man diesem die Möglichkeit geben, die Verantwortung für die weitere Entwicklung der Dinge zu übernehmen, und man darf nicht einer vorläufigen Regierung, die ja das Vertrauen des Volkes hat, bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Pistole auf die Brust setzen. Das ist Volksweltweisheit, dem Eingang zu verschaffen, so manche dunkle Egoistenz verjucht. Was diesen Leuten aus einem zweiten Zusammenbruch für

Vorteile winken, das sich zu erklären, wissen dieselben selbst nicht. Erst recht aber ist nicht ersichtlich, welche Vorteile das Volk, im ganzen betrachtet, von der völligen Anarchie haben soll.

Will man also das Schlimmste verhüten, dann muß der Staat, und dann müssen auch die Gemeinden für neue Einnahmen sorgen. Geht es jedoch an die Ausführung dieser Aufgaben, dann wird sich in Deutschland wiederholen, was sich dieser Tage in Wien abgespielt hat. Unter jenen, die zum Sturm gegen die neu verantwortlichen Männer antreten, werden dann viele von jenen Männern sein, die eben erst durch ihre fortwährenden Preisversuche die neue Gesellschaft und die neue Verwaltung des Landes oder des Reiches aktionsunfähig machten.

Was uns jetzt not tut, ist: an den Abbau der Lebensmittelpreise heranzugehen. Wie aber soll dieses Beginnen Aussicht auf Erfolg haben, wenn die Produktionskosten und die Ausgaben für die Verwaltung in einem Maße steigen, das zur weiteren Hinausschraubung der Preise für die Lebensbedürfnisse führen muß. Diese Preisentwicklung hat ja nachgerade ein Schnellzugstempo angenommen. Weitere Lohnforderungen müssen sich daraus ergeben, die aber auch wieder nicht den erhofften Ausgleich bringen können. Es wäre deshalb notwendig, daß wir sobald als irgendwie möglich, vom Auslande Lebensmittel herinbekommen. Billig werden diese ja auch nicht zu erhalten sein, immerhin aber dürfte die vorhandene Preisspannung schon ausreichen, ein Plus der Werte zum Vorteil Deutschlands zu erzielen. Am nun aber die Einfuhr zu ermöglichen, müssen wir die Ausfuhr von Produkten gewährleisten können. Die Kohle ist ein Ausfuhrmittel von höchst wichtiger Bedeutung. Was könnte uns daraus nicht für ein riesenhafter Vorteil entstehen! Doch auch hier macht dem deutschen Volke die bei den Bergarbeitern mit Erfolg gezielte Anarchie einen Strich durch die Rechnung. Es ist längst für den, der sehen will, feststehend, daß diese Streiks viel mehr einen politischen Hintergrund haben, als einen wirtschaftlichen. Erst haben die jahrelang von den Herren großgezüchteten und verhätschelten gelben Arbeitervereiner wilde Streiks angezettelt und nachher verdrühten sich mit diesen die Leute von Spartakus. „Was kümmert uns der Staat!“, das ist jetzt das Feldgeschrei dieser Massen. Was in dieser Richtung vor sich geht, sieht so trübe aus, daß jede Hoffnung, die Vernunft zur Geltung kommen zu lassen, vorerst aufgegeben werden müßte, wenn es den Gewerkschaften nicht endlich gelingt, ihre arbeitslosen Mitglieder zu sammeln und mit ihnen unter Ausschließung der im Trüben fischenden Leute eine disziplinierte Arbeitergruppe zu schaffen.

Alles in allem: Gefahr, höchste Gefahr für die Sicherung der revolutionären Errungenschaften ist in Bezug. Wie in den ersten Tagen der Revolution alle mutigen Klaffengenossen sich in den Dienst der heiligen Sache stellten, so müssen diese auch jetzt wieder aufgerufen werden, um Ordnung zu schaffen und der Vernunft zum Siege zu verhelfen. Es sieht Großes auf dem Spiel! Den Kopf in den Sand stecken, ist da ein Verbrechen, ein Verbrechen an der Revolution, am Volke und an der Zukunft.“

* Eine Kundgebung der badischen Handelskammern.

Mit dem Ende des Weltkrieges und mit der Notwendigkeit des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens sieht sich auch die deutsche Handelswelt vor neue große Aufgaben gestellt. Kaum einer unter den Erwerbstätigen Deutschlands ist so vom Kriege in Mitleidenschaft gezogen worden, wie der Handel. Die Absperrung vom Ausland hat ihn zum großen Teil seiner alten Bezugsquellen und Absatzmöglichkeiten beraubt, die zur Sicherung der Erfassung und gleichmäßigen Verteilung eingeführte Zwangswirtschaft für Nahrungsmittel und sonstigen Bedarf benahm ihm auch die heimische Produktion und die geringen Lieferungen der Neutralen. So ist es begreiflich, daß die Kaufmannschaft nach einer Änderung der Verhältnisse drängt. Diesem Zweck sollte auch die große Kundgebung dienen, die am Sonntag vormittag von den badischen Handelskammern im Eintrachtsaale zu Karlsruhe veranstaltet wurde. Die Versammlung hatte sich eines außerordentlich zahlreichen Besuches aus dem ganzen Lande zu erfreuen, auch die vorläufige Volksregierung war durch drei ihrer Mitglieder vertreten: die Minister Dr. Dietrich, Dr. Haas und Trund, die im Laufe der Besprechung den Standpunkt der Regierung in bemerkenswerten Darlegungen erläuterten. Von den großen und kleinen Berufsorganisationen waren außer dem Handelstag und sämtlichen Handelskammern der Verband süddeutscher Produzentenbörse, die Börse in Mannheim, der Verband des badischen Lebensmittelgewerkschafts, der Bund badischer Detaillistenverbände, der Verband

Mit einer Beilage: 2. öffentliche Sitzung der badischen Nationalversammlung.

der Handelsvertreter und zahlreiche weitere Verbände des Groß- und Kleinhandels vertreten, so daß der große Eintrachtssaal nicht besetzt war.

Der Präsident der Mannheimer Handelskammer, Kommerzienrat Engelhardt, Mitglied der Nationalversammlung und des Badischen Handelstages, hielt die Teilnehmer in einer beifällig aufgenommenen Eröffnungsansprache willkommen. Er erklärte kurz den Zweck der Versammlung: die Wünsche des Handels zum Vortrag zu bringen, und ging sodann sogleich in medias res, indem er den Versuch, das ganze Wirtschaftsleben zu reglementieren, der mangelhaften Kritik unterzog und den Abbau der Zwangswirtschaft und den Wiederaufbau des legitimen Handels verlangte. Die beiden letzteren Maßnahmen bezeichnete er dabei als das einzige Mittel zur Beseitigung des Schleichhandels, den er mit Recht den erbittertesten Feind des ehrlichen Handels nannte. Von dem letzteren verlangte er für die Zukunft eine stärkere Solidarität, und eine regere Beschäftigung mit der Politik sowie die Vermeidung von allem, was ihn in den Ruf bringen könnte, gegen die Interessen der Allgemeinheit zu verstoßen. Auch der nächste Redner, der Präsident der Karlsruher Handelskammer, Kommerzienrat Gsell, der zugleich als Vertreter des Verbandes des badischen Lebensmittelhandels sprach, verlangte, daß der Handel, um seine segensreiche Wirksamkeit wieder aufnehmen zu können, von den jetzigen Fesseln befreit werde; des weiteren gab er dem Wunsch Ausdruck, daß die Stimme des Handels vor wichtigen Beschlussfassungen gehört werde.

Lebhaftes Interesse fanden die temperamentvollen Ausführungen des Ministers des Äußern Dr. Dietrich, der zu Eingang seiner Rede die Ergebnisse unseres Wirtschaftsverkehrs mit dem Ausland sehr schlecht nannte, und die Überzeugung aussprach, daß die Z.-G.-O. und die gleichgearteten Organisationen bankrott gemacht hätten. Zur Frage der Wiedereinführung des Handelsverkehrs mit dem Ausland bemerkte er, daß wir nicht nur im Ausland kaufen müßten, sondern auch verkaufen. Was den Einkauf im Ausland betrifft, so liegt nach seinen weiteren Ausführungen die Sache so, daß dem Handel nicht blind freie Bahn gegeben werden kann, sondern daß er die unbedingt notwendigen Dinge unter Ausschaltung von Luxusartikeln aufsuchen und einführen solle, während bei der Ausfuhr das umgekehrte Prinzip befolgt werden müsse. Bei der Inlandszwangswirtschaft sei man viel zu weit gegangen und habe sich mit Kleinigkeiten abgegeben, anstatt sich auf die paar wichtigsten Dinge zu beschränken.

Genie habe man das Gefühl, daß der Schleichhandel allmählich die Zwangswirtschaft aufhebt. Die einfache Aufhebung der Zwangswirtschaft hält der Minister nicht für möglich, wohl aber sei ihr allmählicher Abbau nötig. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen erwähnte der Redner die Schwierigkeiten, die uns aus einer etwaigen Beschlagnahme unserer Auslandsgehoben durch die Entente entstehen würden. Das beste Mittel gegen den Schleichhandel sei darin zu suchen, daß man den legalen Handel wieder an seine Stelle einsetzt.

Auch der Minister des Innern Dr. Haas sprach sich unter lebhafter Zustimmung für möglichst schnellen und gründlichen Abbau der Zwangswirtschaft aus, verheißte dabei aber nicht, daß einzelne Teile desselben in gewissem Umfange noch weiter bestehen müßten. Keinesfalls dürfe man mit dem Abbau zögern, weil etwa die Herren, die an der Spitze der Zwangsorganisationen stehen, diese selbst für notwendig halten. Und bei manchen Zwangsorganisationen habe man tatsächlich den Eindruck, daß diese Herren dem Vaterland die besten Dienste leisten könnten, wenn sie so schnell wie möglich von der Wirkfläche verschwinden. Die deutsche Kaufmannschaft schreie nach Betätigung. Ihre Tüchtigkeit und ihre Fähigkeiten würden die Lösung des Problems erleichtern helfen, dem jährlichen Bevölkerungszuwachs Deutschlands Brot und Arbeit zu verschaffen, wie sie es schon im Frieden getan. „Lacht uns nur arbeiten, wie sie es schon im Frieden getan.“ So laute ihr Ruf. Die deutsche Kaufmannschaft sei so tüchtig, daß sie sich wieder eine Stellung auf dem Weltmarkt schaffen werde, aber man möge sie dazu von allen unnötigen Fesseln befreien. Die Entschädigung liege nicht bei der badischen, sondern bei der Reichsregierung. Aber die badische Regierung werde sich für diese Gedanken einsetzen, und es werde vielleicht dazu kommen, daß die Zwangswirtschaft abgebaut werde. — Die Arbeit der deutschen Kaufmannschaft sei eine nationale Arbeit, und darum sei es Aufgabe der Behörden, für Förderung und Unterstützung dieser Arbeit zu sorgen.

Einen nicht ganz reichen Stand hatte der Ernährungsminister Trunz, der nach dem Minister des Innern das Wort ergriff und, wie er ausdrücklich bekannte, genötigt war, im Bewußtsein seiner strengen Verantwortlichkeit für alle seine Äußerungen mehr auf spezielle Fragen einzugehen. Er wollte zunächst dem guten Willen, dem Streben und der Arbeitskraft der Herren, die in den Jahren des Krieges die Pflanzstätten in den Ämtern zu leisten hatten, rühmliche Anerkennung und begründete dann in stellenweise lebhaften Widerspruch erweckenden, im ganzen aber doch dank ihrer Sachlichkeit und Bestimmtheit ihren Eindruck nicht verfehlenden Worten seine Zweifel an der Möglichkeit schleuniger Erfüllung der Wünsche des Handels in ihrem vollen Umfang. Für den freien Wettbewerb, so führte er aus, sei kein Platz mehr gewesen, nachdem das Angebot und den Bedarf entprochen hätten. In bezug auf die Verteilung hätte vielleicht manches anders gemacht werden können, aber man müsse bedenken, daß für diese Dinge nichts vorbereitet war. Auch er, Redner, sei der Ansicht, daß so rasch als möglich abgebaut werden müsse. Aber wo, wie und wann damit beginnen, das sei die Frage. Bei den Beratungen der letzten Wochen, bei denen der Handel in erster Linie beteiligt war, habe sich immer wieder die Meinung ergeben, daß es in absehbarer Zeit noch bei der Zwangsbewirtschaftung der hauptsächlichsten Nahrungsmittel wie Brot, Fleisch, Fett, Kartoffeln, Milch und Eiern bleiben müsse, sogar für das Bild gelte dasselbe. Man dürfe übrigens nicht nur die Stimme der einen Seite berücksichtigen, sondern auch die der anderen, der Masse der Verbraucher.

Unsere Ernährungslage sieht der Minister in wenig günstigen Licht. Nach seiner Ansicht sind wir in dieser Hinsicht schlimmer daran, als zu irgend einer Zeit während des Krieges; wie die vor der neuen Ernte entstehende Lücke in unseren Vorräten ausgefüllt werden könnte, wisse man noch nicht. Bei der so rasch als möglich aufzunehmenden Einfuhr soll der Handel so viel wie möglich beteiligt werden. Das neutrale Ausland werde den freien Einkauf kaum freigeben, weil es dafür nicht über genügend Vorräte verfüge. Ferner würden wir nur in einem bestimmten Umfang einführen können, soweit eben unser Export reicht. Der Export werde aber nicht weiter reichen können, als Import an unerlässlich notwendigem erforderlich ist. Mit Rücksicht darauf werde es in den nächsten Monaten nicht möglich sein, die freie Einfuhr zu bewilligen. Aber es solle alles geschehen in bezug auf die Vereinfachung der Waren. Bei der Verteilung im Inland solle der Handel herangezogen werden, so weit es möglich sei und die Reichsbehörden es gestatten. An diese Vorschriften aber müßte man uns halten, da wir auf Lieferung von Kohlen, Kartoffeln usw. durch das Reich angewiesen seien. Von Amerika würden

wir jedenfalls nur das Allernotwendigste für unsere Kinder und Mütter bekommen. Im übrigen sicherte der Redner dem Handel möglichst Berücksichtigung bei der Verteilung zu, wenn durchgeführt werden könne, daß die süddeutschen Staaten die nötigen Waren gesondert zugeführt erhielten. Bei der Verteilung des Heeresgutes sei der Handel zu einem wesentlichen Teil beteiligt worden; bei den hauptsächlichsten Lebensmitteln habe man den Großhandel nicht mehr einschalten können, weil kein Platz mehr für ihn vorhanden war. Die Vorräte lägen bereits im Lande überall auf Lager, doch sei den betr. Kommunalverbänden Befugung gegeben, den Kleinhandel in weitgehendstem Maße zu berücksichtigen. Bei anderen, wie z. B. pharmazeutischen Artikeln, Wein usw., soll der Großhandel beteiligt werden. Der Minister fügt daran die beifällig aufgenommene Versicherung, daß er den Tag herbeisehne, an dem der Abbau einsetzen könne, da der Handel es sicher besser machen werde, als die bisherigen Instanzen es während des Krieges zu tun vermochten, und schloß mit der Mahnung: „Gebuld, Gebuld, so lange, bis die Verhältnisse anders geworden sind!“

Im weiteren Verlaufe der Versammlung, in der eine Reihe von Vertretern der verschiedenen Handelszweige, vielfach von lebhaften Äußerungen der Zustimmung begleitet, ihren Standpunkt darlegten, der ganz allgemein das Zwangswirtschaftssystem verurteilt, wurden folgende Erklärungen einstimmig angenommen:

I. „Eine aus allen Teilen Badens stark besuchte Versammlung von Kaufleuten, die der Badische Handelstag, die Vörse und zahlreiche Verbände des Groß-, Kleinhandels und Vertretergewerbes Badens einberufen haben, verlangt sofortige Wiederbeschäftigung des sich nach Arbeit sehenden Handels, der nur so in die Lage versetzt werden kann, seine aus dem Felde heimgeführten Verursachungsgegenstände und Angehörigen zu beschäftigen. Dann ist nötig: Abbau der Zwangswirtschaft, der Kriegsgesellschaften und der Kommunalverbände, Freigabe des Handels.“

Der Handel hat vor dem Kriege das Publikum gut und billig bedient. Der Wettbewerb war der wirkungsvolle Schutz des Verbrauchers. Die Kriegsorganisationen und wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen dagegen mußten infolge ihrer bürokratischen Gestaltung verfallen und haben an Stelle des ausgeschalteten realen Handels einen wucherischen Schleichhandel gezeugt. Die Verbraucher waren nur ganz unvollkommen geschützt.

Der Handel verlangt Wiedereinführung in seine Rechte, Beteiligung bei der Einfuhr, Übertragung der Warenverteilung in näher zu vereinbarendem Maße. Einziehung von Vertretern seines Berufes, die das allgemeine Vertrauen genießen, zu allen Maßnahmen und in Betracht kommenden Regierungsstellen, Erlass der bürokratischen Zwangswirtschaft durch eine wirtschaftliche Selbstverwaltung der sachverständigen Beteiligten. Die Preise müssen so bemessen sein, daß sie die durch gewaltige Lohn-, Gehalts- und Preissteigerungen in allen anderen Berufen gestiegenen Löhnen bedecken und die Aufrechterhaltung der Lebenshaltung gewährleisten.

Der Kaufmann will für sich seine Vorrechte, aber er lehnt auch eine Bevorzugung der handelsbetreibenden behördlichen Stellen, sowie der landwirtschaftlichen, Handwerker- und Konsumgenossenschaften mit Nachdruck ab.

Die vielen Kaufleute von Kaufleuten und ihre Angestellten und Familien verlangen das Recht auf Arbeit und Lebensunterhalt wie alle anderen Berufsstände.“

II. „Eine aus allen Teilen Badens stark besuchte Versammlung von Kaufleuten, die der Badische Handelstag, die Vörse und zahlreiche Verbände des Groß-, Kleinhandels und Vertretergewerbes Badens einberufen haben, protestiert gegen die unerträglichen Waffenstillstandsbedingungen und ihre andauernde Verschärfung, gegen die hereinbrachenden Ermittlungen des rechts- und linksrheinischen Verkehrs, gegen die Auslieferung unserer Handelsflotte, gegen alle Friedensbedingungen, die dem deutschen Volk die Entwicklungsmöglichkeit beeinträchtigen, gegen die Abtrennung irgendwelcher deutscher Gebiete. Sie appelliert an die Vernunft der Feinde, die sich sagen müssen, daß die Überspannung ihrer Forderungen in kurzer Zeit ihnen selbst zum Schaden ausschlagen muß.“

Die Versammlung verlangt, daß die deutschen Kriegsgefangenen schleunigst freigegeben und ihrer Tätigkeit wieder zugelassen werden; die Versammlung verlangt ferner, daß Deutschland in ausreichendem Maße Kolonialgebiete besäßen werde, damit es, wie jedes andere große Volk, in eigener Produktion jene Rohstoffe erzeugen kann, die im Klima des Mutterlandes nicht erzeugt werden können.“

Mit einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden wurde die impante Versammlung nach mehr als dreistündiger Dauer geschlossen.

Badischer Teil.

Der Zusammenschluss aller Elektrizitätswerke.

* In der 3. öffentlichen Sitzung der badischen Nationalversammlung am Freitag wurde von dem Abg. Rassa (Dem.) und Gen. folgende kurze Anfrage eingebracht:

„Ist die Regierung bereit, den durch die Kohlennot bedingten unerträglichen Zuständen des Mangels an elektrischer Energie für Licht und Kraft in Stadt und Land dadurch abzuhelfen, daß zum Zwecke der Stromerzeugung und der gleichmäßigen Versorgung des ganzen Landes mit elektrischer Energie“

1. die bereits vorhandenen großen Wasserkräfte des Murgtals und Kleinlaufens durch eine Starkstromleitung mit einander verbunden werden und

2. daß der Ausbau der auf der Strecke Basel-Konstanz noch vorhandenen Wasserkräfte sofort in Angriff genommen wird, und somit die Grundlagen geschaffen werden für den Zusammenschluss aller bestehenden Elektrizitätswerke im Lande zum Zwecke einer rationellen Ausnutzung derselben?“

Die Zukunft der Stammgüter nach dem Entwurf der badischen Verfassung.

* Mit der Auflösung des alten deutschen Reichs fanden die heutigen Landesherren von Landesherren zu einer Klasse vorzüglicher Staatsbürger herab; die Umwandlung des neuen Reichs in eine Republik wird ihnen die noch damals verbliebenen Vorzüge entreißen. „Knappe Sätze, aber Sätze von weittragender Bedeutung“ nennt ein W.T. gelehrter Artikel in der „Bad. Landesztg.“ den Paragraphen im badischen Verfassungsentwurf, durch den die Stammgüter für unzulässig erklärt und zur Aufhebung innerhalb eines Jahres verurteilt werden. Die alten großen Geschlechter der Fürstenberg, Löwenstein u. a., so fährt der Artikel fort, sollen die Reste ihrer oft tausendjährigen Souveränität aufgeben. Der Freund vater-

ländischer Geschichte möge das bedauern, für den Staatsmann und Volkswirt handelt es sich aber heute nicht darum, daß ein Privileg verschwindet, sondern daß große Stände deutschen Lebens, die bisher gesperrt waren, nunmehr dem freien Verkehr zugänglich gemacht werden. Die hieraus sich ergebenden Folgen gilt es zu erwägen und den Vorgang zum Besten des Ganzen zu leiten unter Vermeidung von Fehlern, wie sie bei der Mediatisierung der Standesherren und bei der Säkularisierung der Klöster gemacht wurden, wo wertvolle Bauten, wie das Kloster Schutter, sinnlos abgetragen wurden, das Heidelberger Schloß infolge des Unverstandes der Beamten als Steinbruch dienen sollte und nur durch privates Einschreiten gerettet werden konnte. Eine Gefahr für die Allgemeinheit erblickt der Verfasser in der Überführung der Niefengüter in die freie Verfügungsmacht der jetzigen Standesherren und Grundbesitzer, die eine Verkleinerung, vielleicht auch Vernachlässigung der großen Wälder des Schwarzwaldes, den Verkauf der Kunstschätze, wie etwa der Werke des Meisters von Miltach oder der Nibelungen-Handschrift, nach dem Ausland und ähnliches zur Folge haben könnte. Hier müsse, so meint er, der Staat einschreiten, dem sich zugleich Gelegenheit biete, einen praktischen Beginn mit der Sozialisierung zu machen und außerdem einen kräftigen Bauerntum zu gründen. Zum mindesten müsse sich der Staat ein Vorkaufsrecht an den Gütern verschaffen. Er werde weiter zu erwägen haben, daß er mit der Gewährung der Verkehrsfreiheit für den Besitz dessen Tauschwert erheblich steigert, und von diesem Wertzuwachs sich eine entsprechende Abgabe zahlen lassen. Der Staat muß dem Staat gesichert werden, die landwirtschaftlichen Güter müssen parzelliert oder in den Besitz der jetzigen Pächter überführt werden. Bei der Mediatisierung habe man den Standesherren ein Geschenk gemacht, indem man ihnen die Regierungsämter ihrer Fürstentümer abnahm, aber sie im vollen Besitz und Genuß der Güter beließ. Dieses Unterlassen könne heute gut gemacht werden. Das Gesagte soll, wie der Verfasser weiter ausführt, auch für die kommende Auseinandersetzung mit dem badischen Fürstentum gelten.

Ein Zentralverband der Gemeindebeamten Badens.

* Zur Förderung der gemeinsamen Interessen der im Dienst der badischen Gemeinden stehenden Beamten und Angestellten vereinigen sich am 30. Jan. die Verbände der städtischen Beamten der badischen Landgemeinden (Bürgermeister), der Ratsschreiber, der Gemeindevorsteher, der Sparkassenrechner und der Polizeibediensteten zu einem Zentralverband der Gemeindebeamten Badens. Die Selbständigkeit der einzelnen Verbände bleibt aufrechterhalten; die Vertretung der besonderen Interessen der einzelnen Organisationen geschieht nach wie vor durch die betr. Einzelverbände. Zur einseitigen Leitung des neuen Verbandes und zur Behandlung der augenblicklich schwebenden wichtigen Fragen, die die gesamte Gemeindebeamtenchaft betreffen, wurde ein vorläufiger Arbeitsausschuß gebildet, bestehend aus je drei Vertretern der einzelnen Verbände.

Aus dem badischen Partelleben.

oc. Der Engere Ausschuß der Deutschen Demokratischen Partei Badens war am Samstag in Karlsruhe zu seiner ersten Sitzung versammelt; Anwesend waren die beiden demokratischen Mitglieder der Regierung Dietrich und Dr. Haas und die Abgeordneten der badischen und deutschen Nationalversammlung. Über die politische Lage berichtete Abg. Hummel, der ferner mitteilte, daß die Fraktion einstimmig der Meinung Ausdruck gegeben habe, das Ausscheiden der beiden Minister Dr. Haas und Dietrich aus ihren Ministerämtern sei derzeit unmöglich und die Fraktion habe die beiden Minister gebeten, solange in ihren Ämtern zu bleiben, bis die neue Regierung endgültig gebildet werde. Nachdem der Redner noch auf die ernste Lage im Reich hingewiesen hatte, nahm der Engere Ausschuß eine Entschließung an, in der er mit Genehmigung Kenntnis nimmt von der jüngsten Protesterklärung der badischen Nationalversammlung gegen die Unterdrückung Deutschlands. Es folgte eine rege Anrede, in welcher allgemein zum Ausdruck kam, daß die endgültige Lösung in der Frage der Doppelmandate aufgeschoben werden müsse. Demnach werden die Minister Dr. Haas und Dietrich vorläufig ihre Ministerämter und Mandate beibehalten. Hierauf erstattete Abg. Dr. Glöckner Bericht über die Tätigkeit der Demokratischen Fraktion der bad. Nationalversammlung. Aus der Mitte der Versammlung wurde eine Entschließung vorgelegt, in welcher die Haltung der Demokratischen Fraktion gebilligt und ihr wie den demokratischen Ministern und dem Volkswirtschaftsausschuß Dank und Vertrauen ausgesprochen wird.

Mitteilung des Bad. Statistischen Landesamts.

Nachstehend werden die monatlichen Durchschnittspreise von Getreide, Roggenstroh und Heu in den Hauptmarktorten bekannt gegeben:

Maßgebende Hauptmarktorte	Für den Monat Januar					
	Roggenstroh			Heu		
	Speyer	Heidelberg	Speyer	Heidelberg	Speyer	Heidelberg
	100 Kilogramm in Mark					
Konstanz	—	—	10,00	—	19,20	16,—
Freiburg	—	—	11,60	—	10,60	22,60
Lahr	—	—	—	—	8,—	20,—
Karlsruhe	—	—	—	—	—	—
Bruchsal	—	—	10,80	10,80	10,40	10,40
Mannheim	30,—	9,—	10,20	8,—	21,20	20,—

Ein Anspruch auf diese Preise steht nach § 11 Absatz 2 des Kr. L. Ges. den Gemeinden nur dann zu, wenn die zur Verpflegung einquartierter Pferde angeforderte Fournage im Gemeindebezirk nicht vorhanden war und von den Gemeinden deshalb durch Anlauf herbeigeschafft werden mußte.

Badische Zeitungsstimmen.

* Zum badischen Verfassungsentwurf schreibt der „Bad. Beobachter“ mit Bezug auf einen Artikel, der dieser Tage in einem oberbadischen Zeitungsblatt erschienen war unter anderem:

„Das wird allseits zu beachten sein, daß eine neue Zeit auch bei uns in Baden aufgeht. Wir müssen und werden uns mit beiden Füßen auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellen. Angesichts der großen Not des Vaterlandes ist mit elegischem Nüchternheitsdenken wirklich nichts getan; vorwärts für unsere geliebte Heimat nur kann die Parole lauten. Die Bräuen zur Vergangenheit sind hinter uns verbrannt. Nicht

heißt es den in allen Fugen krachenden Staat zu retten und Hand anzulegen beim großen Werk der Freiheitsbewegung, die trotz allem durch das deutsche Volk geht. Und wer hier mit schafft mit heilem Herzen und unter Ausbietung all seiner geistigen und körperlichen Kräfte, der macht damit noch lange keinen Notau vor der Sozialdemokratie, sondern der arbeitet mit den gegebenen Realitäten für das Wohl unseres geliebten Volkes! Möge man doch allüberall die tatsächliche Lage unseres Landes einsehen und darnach handeln.

Unter diesem Gesichtspunkte ist auch die im selben Blatt kritisierte Frage der Zahl der Ministerien zu betrachten. Im Regierungsentwurf sind 7 Ministerien vorgesehen. Das ist gegenüber den bisherigen 4 gewiß eine namhafte Steigerung und es wird ernstlich zu prüfen sein, ob eine Herabminderung nicht möglich ist. Doch ein besonderes Außenministerium nicht erforderlich ist, ist auch unsere Meinung. Aber man darf bei dieser Beurteilung nicht aus dem Auge verlieren, daß bei Festlegung der Zahl der Ministerien auch politische Gründe mitzuzählen sind. Nicht in dem Sinne, daß die Rücksicht auf das Parteinteresse den sachlichen Gründen voranzustellen sind, sondern ausgehend von den großen Schwierigkeiten politischer Art, in denen sich unser Land heute noch und wohl auch noch in den nächsten Monaten befindet. Und diese Schwierigkeiten machen notwendig, daß wir in der Regierung die nötige Zahl rittischer Köpfe haben, die uns aus diesem Wirrwarr herausführen. Wir gestehen, 4 oder 5 Männer scheinen uns für diese Riesenaufgabe nicht zu genügen. Das Staatsministerium hat, wie wir hören, in den verflochtenen zwei Monaten fast täglich gemeinsame Sitzungen abhalten müssen zur Regelung aller schwebenden Fragen und daran wird sich auch in der nächsten Zeit nicht allzuviel ändern. Deshalb, also zur Verstärkung des Staatsministeriums frühezeit, wird an eine Verankerung des Staatsministeriums früherer Zeiten unbedingt gedacht werden müssen, und die Scherze von den 3 Nachfolgern des früheren Ministers des Innern scheinen uns, mögen sie ausgehen von wem sie wollen, wirklich völlig unangebracht. In dem, was der letzte Staatsminister des alten Regimes in den letzten Wochen seiner Tätigkeit an

voraussehender politischer Arbeit geleistet hat, am dem Zusammenbruch und anderem zu steuern, genügt allerdings eine Kraft.

Aus der Landeshauptstadt. (Städtisches Konzerthaus.)

Da bei der Wiederholung der beiden neu-italienischen Opern „Cavalleria rusticana“ und „Der Bajazzo“ am letzten Freitag die entscheidenden Rollen neu besetzt waren, so sind auch über diese Aufführungen einige Worte am Platze. In einem unfruchtbareren Vergleich soll nicht eingetreten werden. Wir wollen jedem in seiner Eigenart gerecht werden. Der Gesamteindruck war, wie bei der ersten Aufführung, recht günstig. Frau Palm-Cordes sang wieder die Santuzza, litt wieder unter Erläuterung und ließ um Nachsicht bitten. Sie bot alles in allem immer noch eine weit über dem Durchschnitt stehende Leistung, weil sie, wenn auch stimmlich nicht ganz auf der Höhe, mit ihrer reinen Technik derartige Hindernisse fast spielend überwindet. Aber dennoch ließ ihre reife Stimme jene gesunde Frische und Kraft vermissen, die einer Santuzza aufkommen. Herr Reugebauer als Turiddu entzückte das ganze Haus durch den mattenlosen Wohlklang seines Gesangs. Die beiden großen Linien der italienischen Kantilene zeichnete er in meisterhaftem Legato nach. Das Trübsal sang er mit Braut. Im Spiel war er zu leicht, zu tänzelnd, zu kultiviert, nervös, frapant echt dagegen in dem Augenblick, als er in sinnloser Wut Santuzza an die Kehle faßte. Herrn Büttner's Alfio war zu schwer. Gleich beim ersten Auftritt war er unmotiviert finster, und wenn er seine Reizsätze knallen ließ, hatte man den Eindruck, daß der Hieb schon für den Verführer seines Weichens bestimmt war. Im übrigen war die Besetzung unverändert. Der „Bajazzo“ bedeutet noch eine Steigerung gegenüber der „Cavalleria“. Hier ist alles noch greller, noch

härter, der Gegensatz von Licht und Schatten noch schärfer herausgearbeitet. Herrn Schöffels Canto ist wieder gefänglich noch darstellerisch schon ganz ausgeglichen. Gute, ja vorzügliche Momente standen neben solchen, wo er sich jede Wirkung entgegen ließ. Er ist auch ein Beispiel dafür, wie unsere Heldentöne durch den leidigen Wagnerstil verübelnd und einseitig werden, so daß schließlich alle Ursprünglichkeit künstlerischen Schaffens verfliegt. Einen schweren Stand hatte Fräulein Friedrich, nach Frau von Ernst (die vielleicht im Jenseits ihres künstlerischen Könnens leidet), die anspruchsvolle Rolle der Nedda zu übernehmen. Aber sie bestand die Probe sehr gut. Im musikalischen Teil ihrer Partie kennt sie sich schon recht gut aus. Ihre Stimme erinnert in ihren besten Momenten oft an die der unergreiflichen Frau von Bethoven. Im Spiel wird man bei ihr immer ein wesentliches Moment vermissen: das beherrschende Auge, während Temperament, das sie nicht gerade im Übermaß besitzt, sich doch stets bis zu einem gewissen Grade vorläufigen läßt. Als Nedda war Herr Fiegler ausgezeichnet: im Gesang würdevoll, voll und wohl töndend; in dem so arg verhästerten und doch so gern gehörten Prolog pädagogisch (nur kostümlich in unzulässiger, in der Darstellung schmerzlicher Aufmachung — ein Regiefehler!) in der Darstellung des verschlagenen, rachsüchtigen, tödlichen Komödianten von rücksichtslosem Verisimul. In seiner Stelle hatte diesmal Herr Mal-Mota die Partie des Silvio übernommen, und es gelang ihm, den farblosen Liebhaber in einen feurig Liebenden zu verwandeln. Das Orchester hatte Herr Lorenz sehr in der Hand, sang jedoch anfangs recht frostig und hart. Die Chöreinsätze waren wiederholt unsicher und verschwommen. Die Massenszenen drohten oft den keinen Bühnenraum zu sprengen; umso höher ist die Kunst der Regie (Herr Busch) einzuschätzen, trotz der Beschränkung des Raumes geordnetes Leben in die Massen zu bringen. Die Zugkraft der beiden Verisimul in den 4 Kriegsjahren, da sie von deutschen Bühnen herabgewunden wurden, nicht geringer geworden. Das Publikum leidet nach derartigen Stoffen und stürzt die Rollen.

Sugo Keller.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute morgen 7^{1/4} Uhr starb nach kurzem, schweren Leiden, gestärkt durch die Tröstungen unserer heiligen Religion, mein innigst geliebter Gatte, unser herzenguter, treubesorgter Vater

Justizrat

Eduard Schirrmann
Großh. Notar

im 67. Lebensjahre.

Waldkirch (Breisg.), 1. Febr. 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Frieda Schirrmann,
geb. Operi. 8.9.42
Frieda Schirrmann,
Margareta Schirrmann.

Badisches Landestheater. Im Konzerthaus:

Montag, den 3. Februar 1919: (Mo. 19.):

„MARTA“

Anfang 7^{1/2} Uhr. Ende 9 Uhr

Dienstag, 4. (Die. 20.): Zum erstenmal: 7^{1/2} bis 9¹⁰:

Mitarbeiter — Die Provinzialin — Literatur

Bürgermeister-Stelle.

Die Stelle des Bürgermeisters der Stadtgemeinde

Furtwangen ist auf 1. April ds. Js. neu zu besetzen.

Werber aus dem mittleren Verwaltungsdienst,

welche die Amtseidensprüfung mit Erfolg bestanden haben, werden bevorzugt. 8.9.44

Die Bewerbung ist unter Beifügung eines Lebens-

laufs und der Zeugnisse, sowie unter Angabe der Gehaltsansprüche bis 15. Februar ds. Js. bei uns ein-

zureichen.

Furtwangen, den 3. Januar 1919.

Der Gemeinderat:
J. B. J. Werber. Maiton.

Apfel-, Birnen- u. Kastanienblätter gut getrocknet, in jeder Menge zu kaufen gesucht.

Gefl. umgehende Offerten unter F. 943 an die Expedition dieser Zeitung.

Rheinische Hypothekenbank Mannheim. F.913

Am 31. Dezember 1918 betrug die Gesamtsumme der im Umlauf befindlich. Hypothekenspfandbriefe M. 603 167 000.—
die Gesamtsumme der in das Hypotheken-Register eingetragenen Hypotheken M. 592 657 010.70
die Gesamtsumme der in das Register eingetragenen Wertpapiere M. 14 991 600.—
die Gesamtsumme der im Umlauf befindlichen Kommunal-Obligationen M. 18 566 700.—
die Gesamtsumme der in das Korporationsförderungs-Register eingetragenen Forderungen M. 19 706 581.96
Mannheim, den 31. Dezember 1918.

MOBEL!

Kompl. Wohnungsausstattungen, einzelne Zimmer- und Kücheneinrichtungen, sowie Einzelmöbel, Betten und alle Arten Polstermöbel in reicher Auswahl empfiehlt in altbekannter, guter, solider Ausführung F.928
das Möbel- und Betten-Geschäft

Ludw. Seiter, Waldstr. 7.

Berein Volkshilfe (C.B.) Karlsruhe

Die Vorträge von Herrn Professor Paulke über „Die Entwicklungsdarstellung in der Natur, Entwicklung der Erde als Weltkörper, der Pflanzen- und Tierwelt, des Menschen, in geologischen Zeiten“, am Dienstag den 4., 11., 18. und 25. Februar finden im großen Hörsaal für Chemie, Technische Hochschule, Eingang Englerstraße, statt. (Nicht, wie auf den Eintrittskarten steht, im geologischen Hörsaal.) F.943
Geschäftsstelle des Vereins Volkshilfe.

Dauernd befriedigen
die seit etwa
40 Jahren
bewährten
und
bevorzugten



Biesinger's TINTEN
Biesinger's Buch- u. Dokumenten-Tinte und Deutsche Reichs-Schreibtinte
leichtflüssigste Eisen-gallus-Schreibtinte
Zu hab. i. d. Schreibrohrfabrik.
Jos. Biesinger, Tintenfabrik, Stuttgart.

Einf.-Häuser

(Villen), in verschiedenen Größen und Lagen
in Freiburg i. Br.
habe preiswert z. verkaufen.
Erh. Köberle, Freiburg i. Br., Kaiserstraße 133.
Für Käufer kostenloser Ausf.

Gelder auf 1. u. II. Hypotheken, in Botten jeder Höhe, auch auf Land, auszuliehen.
Häuser in allen Lagen zu verkaufen.
August Schmitt, Karlsruh, Dittichstr. 43, Tel. 211

Bertrreter evtl. Großh.

Suche für den dort. Platz und Umgebung einen tücht.
Bassava - Erbsen - Fabrik Arnold Wilten, Norden (Ostfriesland).

5000000 M

an Gemeindeverbände und Städte zu 4^{1/2} % Zinsen mit 1/2-jähriger Kündigung zu vergeben.

Anfragen a. Expedition d. Blattes unter F.925.

Bersj. Bekannmachungen

Bei unterzeichnetem Bezirksamt ist auf 1. März 1919 eine

Ranzzeitgehilfenstelle

mit einem Anwärter für den mittleren Beamten-dienst zu besetzen. Bewerbungen von Aktuarern oder Angestellten sind sofort einzureichen.

Schreibaushilfenstelle

Auf den gleichen Zeitpunkt ist eine Schreibaushilfenstelle zu vergeben. Bewerbungen aus der Zahl der Kriegsteilnehmer sind sofort einzureichen.

Stadtgeometerdienst in Sigen-Hohentwiel

Die Stadtgeometerstelle (Vorstand des städtischen Vermessungsamtes) ist infolge Todes des bisherigen Inhabers neu zu besetzen. Als Bewerber kommen nur geprüfte badische Geometer in Betracht. Kriegsteilnehmer werden bevorzugt. 8.9.45.21

Bewerbungsstücke sind spätestens bis zum 1. März 1919 unter Anfügung eines Lebenslaufes, etwa vorhandener Zeugnisse, sowie unter Angabe der Gehaltsansprüche bei dem Bürgermeisteramt Sigen-Hohentwiel einzureichen.

Sigen, 30. Jan. 1919.

Der Gemeinderat:
L. Horbecke,
Bürgermeister.

Tiefbauarbeiten zur Vorbereitung des Zufahrtsweges zur Galtstelle und Erhellung eines Entwässerungsstaus in Karlsruhe-Mühlburg nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben: ungefähr 240 qm Straßengestade und 85 qm Entwässerungsleitung. Pläne und Bedingnisheft auf unserem Zeichenbureau im Aufnahmgebäude des neuen Personenaufstieges in Karlsruhe zur Einsicht. Kein Versand nach auswärts. Angebote — Vorzüge dazu auf unserem Zeichenbureau — mit Aufschrift: Vorbereitung des Zufahrtsweges zur Galtstelle in Karlsruhe-Mühlburg, spätestens bis Dienstag, den 18. Februar d. J., vormittags 11 Uhr, verschlossen und postfrei, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist drei Wochen. Karlsruhe, 31. Jan. 1919. Bahnbaupinspektion 2.

Hochbauarbeiten zur Erweiterung des Aufnahmgebäudes Durmersheim der Rheintalbahn

nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. Mauer-, Stein-, Zimmer-, Schlosserarbeiten und Trägerlieferung. Zeichnungen, Bedingnisheft u. Arbeitsbeschriebe liegen auf unserem Hochbau-bureau im neuen Aufnahmgebäude Karlsruhe zur Einsicht auf; dort auch Abgabe der Angebots-entwürfe. Angebote verschlossen und postfrei mit entsprechender Aufschrift: Angebot auf ar-beiten zur Erweiterung des Aufnahmgebäudes Durmersheim“ versehen. Spätestens bis Montag, den 17. Februar 1919, vormittags 11 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. 3.600 Karlsruhe, 31. Jan. 1919. Bahnbaupinspektion 2.

Zentral-Handels-Register für Baden.

Baden. 3.534 Handelsregisteramt. Abt. A., Band I, O. 3. 246: Firma Jul. Wähler in Baden: Firmeninhaber ist jetzt Rufe Höfler, ledig, in Baden. — Firma Eduard Amend in Baden — Inhaber der Firma ist jetzt Eduard Amend jun., Kaufmann in Baden. Abt. B., Band I, O. 3. 246: Firma H. Batschari, Sarettenfabrik, G. m. b. H. in Baden — Die den Kaufleuten Feig Berger in Berlin und Hermann Lamm in Baden erteilte Gesamtpatente hierloschen. Baden, 24. Jan. 1919. Amtsgericht.	Breisach. 3.533 In das Handelsregister Abt. A. ist heute bei der unter O. 3. 131 eingetra- genen Kommanditgesell- schaft in Firma „S. Pfä- ger u. Co.“ mit dem Sit- ze in Biringen eingetragen worden, daß der persö- nlich haftende Gesellschafter Kaufmann Otto Hoag und der Kommanditist der Ge- sellschaft gestorben sind und daß an die Stelle des letzteren 4 neue Komman- ditisten getreten sind. Breisach, 24. Jan. 1919. Das Amtsgericht.	Ar. 115 bei der Handels- gesellschaft in Firma Emanuel Levy Söhne Bethshof und Salomon Levy in Breisach einge- tragen worden, daß die Firma erloschen ist. Breisach, 28. Jan. 1919. Das Amtsgericht.	Bruchsal. 3.545 Im Handelsregister A Band II O. 3. 107 wurde heute eingetragen: Fir- ma Cigarettenfabrik Bod & Co., Karlsruhe. Inha- ber Friz Karlebach, Kauf- mann in Bruchsal, Dr. Ehefrau des Kaufmanns Friz Karlebach Ellen gen. Belan geb. Gailis in Bruchsal, ist Prokura er- teilt. Das Handelsgeschäft ist nach Verlegung des Ortes der Niederlassung von Karlsruhe nach Bruch- sal auf den Fabrikanten Ernst Karlebach in Bruch- sal übergegangen, der es unter der bisherigen Fir- ma fortführt. Der über- geben der in dem Betrie- be des Geschäfts begün- deten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei der Übernahme des Geschäfts durch Ernst Karlebach ausgeschlossen. Die der Friz Karlebach Ehefrau erteilte Prokura ist erlo- schen. Bruchsal, 21. Jan. 1919. Amtsgericht.	Bruchsal. 3.560 Im Handelsregister B O. 3. 2 betr. die Firma Deutsche Eisenbahn- werke Aktiengesellschaft, vorm. Schnabel & De- ning, G. Stahmer, Sim- mermann & Buchloh in Bruchsal wurde heute ein- getragen: Kommerzienrat Robert Stahmer in Karls- ruhe ist auf 31. Dezember 1918 aus dem Vorstand der Gesellschaft ausgeschie- den. Bruchsal, 21. Jan. 1919. Amtsgericht.	Bruchsal. 3.582 Im Handelsregister B O. 3. 29 wurde heute ein- getragen: Firma saler gemeinnützige Sieb- lungsgesellschaft mit be- schränkter Haftung in Bruchsal. Gegenstand des Unternehmens ist der Er- werb von Baugebäude und die Errichtung von Wohn- häusern. Zweck der Gesell- schaft ist die Beschaffung gesunder, preiswerter und zweckmäßig eingerichteter Kleimmwohnungen — nach Möglichkeit in Reihenhäu- sern mit Gärten — für minderbemittelte Fami- lien. Um diesen Zweck dauernd sicherzustellen, sol- len die von der Gesell- schaft eigens erbauten oder angekauften Häuser in Miete, Erbbaurecht oder zum Verkauf unter Vor-	merkung eines Wieder- kaufsrechts abgegeben wer- den. Das Stammkapital beträgt 425 000 Mark. Als Geschäftsführer sind be- stellt: Wilhelm Wehner, Ingenieur in Bruchsal, und Robert Schmidt, Stadtbauamt in Bruchsal. Der Gesellschaftsvertrag ist am 6. Dezember 1918 errichtet. Die Veröffentli- chungen der Gesellschaft erfolgen in den Bruchsal- er Tageszeitungen. Bruchsal, 28. Jan. 1919. Amtsgericht.
---	---	--	--	--	---	--

